

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 80. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Mittwoch, dem 15. Oktober 2014

1. Abgeordnete

Astrid Schmitt,
Monika Fink und
Michael Hüttner (SPD)

Einigung der Verkehrsminister bei den Regionalisierungsmitteln

Die Verkehrsministerkonferenz hat in ihrer Sitzung am 1./2. Oktober 2014 einen einstimmigen Beschluss über die zukünftige Verteilung der Regionalisierungsmittel gefasst.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Was haben die Verkehrsminister bezüglich der Höhe und Verteilung der Regionalisierungsmittel beschlossen?
2. Inwiefern soll dieser Beschluss dem Land Rheinland-Pfalz und der hiesigen Finanzierung des Nahverkehrs zugutekommen?
3. Welche weiteren Verfahrensschritte zu einer Neuregelung der Finanzierung der Regionalisierungsmittel sind nunmehr erforderlich und wie sieht die Landesregierung die Chancen auf eine Einigung mit dem Bund?

2. Abgeordnete

Hedi Thelen und
Gabriele Wieland (CDU)

Ausschreibung der Landesberatungsstelle für die neue ESF-Förderperiode 2014 bis 2020

Schneider Organisationsberatung (SOB) nimmt seit vielen Jahren die Aufgabe der landesweiten Beratung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekten im Auftrag der Landesregierung wahr. Die Förderperiode 2014 bis 2020 für ESF-Mittel hat begonnen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie ist der Stand des Vergabeverfahrens für die landesweite Beratungsstelle?
2. Sollte kein Vergabeverfahren eingeleitet worden sein, welches sind die Gründe dafür?
3. Wie stellt die Landesregierung in dem Verfahren einen fairen Wettbewerb sicher, zumal Schneider Organisationsberatung bereits mit dem Aufrufverfahren für die ESF-Projekte in der neuen Förderperiode befasst war?

Im Rahmen der Enquete-Kommission „Arbeit in der Industriegesellschaft“ (Drucksache 11/4659), haben die SPD-Mitglieder in einem Minderheitsvotum auf das Land verteilte regionale Beratungsstellen zur allgemeinen und speziellen Beratung von Trägern von Maßnahmen statt einer zentralen Beratungsstelle verlangt.

4. Wie begründet die Landesregierung vor diesem Hintergrund das mit Schneider Organisationsberatung praktizierte Verhältnis?

3. Abgeordneter**Gunther Heinisch**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**Fortführung des Hochschulpakts 2020**

Der Hochschulpakt 2020 trägt durch die Finanzierung zunehmender Studienangebote bei steigenden Studierendenzahlen wie auch durch die Zahlung von Programmpauschalen zur Abdeckung indirekter zusätzlicher Kosten der durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Forschungsvorhaben zur Stärkung der Hochschulen in Forschung und Lehre bei. Die Fortführung des Pakts ist durch Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bund und Ländern zunächst bis Ende 2015 gesichert. Die beabsichtigte Weiterführung des Hochschulpakts ab dem Jahr 2016 war in jüngster Zeit nicht nur Gegenstand von Bund/Länder-Gesprächen, sondern auch Anlass zu öffentlichen Spekulationen, Irritationen und Diskussionen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. In welchem Umfang erhalten die Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz Mittel auf Grundlage der Bund-Länder-Vereinbarungen über den Hochschulpakt 2020?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Wirkung der Mittel aus dem Hochschulpakt hinsichtlich einer Stärkung der Hochschulen in der Breite zur Bereitstellung zunehmender Studienangebote bei steigenden Studierendenzahlen?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Wirkung der Mittel aus dem Hochschulpakt hinsichtlich einer Stärkung der Hochschulen in der Forschung zur Durchführung von Vorhaben, die mit gleichermaßen breitenwirksamen und auf Spitzenförderung zielenden Programmen der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert werden?
4. Welche Ziele verfolgt die Landesregierung hinsichtlich der weiteren Bund-Länder-Gespräche zur Weiterführung des Hochschulpakts ab dem Jahr 2016?

4. Abgeordnete**Marlies Kohnle-Gros und**
Hedi Thelen (CDU)**Umsetzung der geplanten Kürzungen bei den Schwangerschaftsberatungsstellen**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist der derzeitige Stand bei den am 1. Januar 2015 in Kraft tretenden Kürzungen bei den Schwangerschaftsberatungsstellen?
2. Wann sind die Träger und die Kommunen schriftlich von konkreten Kürzungen informiert worden?
3. Welche Kürzungen sollen konkret vor Ort umgesetzt werden?

5. Abgeordnete**Kathrin Anklam-Trapp**
und Friederike Ebli (SPD)**Initiative WohnPunkt Rheinland-Pfalz**

Mit dem Zukunftsprogramm „Gesundheit und Pflege – 2020“ trägt die Landesregierung mit innovativen Ansätzen und neuen Maßnahmen dazu bei, die gesundheitliche und pflegerische Versorgung besonders auch in den ländlichen Räumen von Rheinland-Pfalz zu sichern.

Ältere Menschen wollen so lange wie möglich – auch bei Krankheit, Behinderung und Pflegebedarf – in der vertrauten Umgebung wohnen bleiben. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels steigt die Bedeutung dieses Themas, gerade für den ländlichen Raum.

Eines der Ziele der Landesregierung ist es daher, die Verbreitung neuer gemeinschaftlicher Wohnformen für ältere und pflegebedürftige Menschen zu unterstützen. Dazu zählen besonders betreute Wohngruppen und selbstorganisierte Wohngemeinschaften für ältere und pflegebedürftige Menschen.

Die Landesregierung hat jetzt mit „WohnPunkt RLP“ im Rahmen des Zukunftsprogramms eine neue Initiative gestartet, die gerade kleine Kommunen im ländlichen Raum durch eine intensive Prozessbegleitung beim Aufbau solcher Wohnformen unterstützt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele solcher betreuten Wohngruppen und selbstorganisierten Wohngemeinschaften gibt es in Rheinland-Pfalz?
2. Wie viele Kommunen können im Rahmen von WohnPunkt RLP begleitet werden?
3. In welcher Form werden die teilnehmenden Kommunen begleitet und unterstützt?
4. Wie sollen die erzielten Erfahrungen und Ergebnisse landesweit verfügbar gemacht werden?

6. Abgeordnete**Josef Dötsch und
Wolfgang Reichel (CDU)****Ausbau der Breitbandversorgung in Rheinland-Pfalz**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viel Prozent der Haushalte in Rheinland-Pfalz verfügen nach Kenntnis der Landesregierung über eine Breitbandversorgung mit einem Volumen von mindestens 6 Mbit/s, 16 Mbit/s oder 50 Mbit/s Downstream (bitte nach städtischen, halbstädtischen und ländlichen Regionen aufschlüsseln)?
2. Wie viel Prozent der Haushalte in Rheinland-Pfalz können inzwischen über einen Breitbandzugang durch LTE (Long Term Evolution) verfügen und wie hoch ist der Landesanteil an der Finanzierung für die Erschließung?
3. Wie verteilen sich die reinen Landesmittel und die anderweitigen Fördermittel – z. B. im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)“ oder der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW)“ etc. – für den Breitbandausbau in den Jahren 2011 bis 2014?
4. Welche Fördermittel in welcher Höhe (Land und Bund) sind (noch nicht) abgeflossen?

7. Abgeordnete**Jutta Blatzheim-Roegler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs in Rheinland-Pfalz**

Einstimmig haben die Bundesländer auf der Verkehrsministerkonferenz am 2. Oktober 2014 einen Kompromiss bei der finanziellen Ausstattung des Schienenpersonennahverkehrs erzielt. Auf einem Parlamentarischen Abend der Parlamentsgruppe Schienenverkehr des Deutschen Bundestages hat der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Werner Gatzert, am 7. Oktober 2014 diesem Länderkompromiss eine Absage erteilt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Über welchen Zeitraum haben die Bundesländer an einem für alle tragbaren Kompromiss zu einem neuen Verteilungsschlüssel gearbeitet?
2. Welche Ergebnisse wurden mit dem Länderkompromiss für Rheinland-Pfalz erzielt?
3. Welche konkreten Auswirkungen sind für die Fahrgäste im Schienenpersonennahverkehr in Rheinland-Pfalz zu erwarten, sollte der Länderkompromiss nicht zur Umsetzung gelangen?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Weigerung des Bundes zur Umsetzung der von den Bundesländern vorgeschlagenen Nahverkehrsfinanzierung vor dem Hintergrund steigender Fahrgastzahlen und den Zielen des Klimaschutzes?

8. Abgeordnete**Ingeborg Sahler-Fesel und
Dieter Klöckner (SPD)****Sicherheit in und für Unterkünfte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in der rheinland-pfälzischen Erstaufnahmeeinrichtung**

In den vergangenen Wochen sind Übergriffe vonseiten des Sicherheitspersonals in Landesunterkünften für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Nordrhein-Westfalen bekannt geworden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie wird in den Landesunterkünften in Rheinland-Pfalz die Sicherheit der Betroffenen gewährleistet?
2. Werden auch in Rheinland-Pfalz die Dienste privater Sicherheitsfirmen für diese Aufgaben in Anspruch genommen?
3. Gibt es vonseiten des Landes Vorgaben an die privaten Sicherheitsfirmen dazu, welche Voraussetzungen das eingesetzte Personal erfüllen muss?

9. Abgeordnete
Bettina Dickes und
Martin Brandl (CDU)

Anstieg der Inklusionsquote an rheinland-pfälzischen Schulen

Zeitungsberichten vom 8. Oktober zufolge sollen auch weitere Schularten wie z. B. das Gymnasium für die Inklusion geöffnet werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich nach vorläufigen Erkenntnissen die prozentuale und absolute Zahl der Inklusionsschüler in diesem Schuljahr in den Grundschulen und weiterführenden Schulen, getrennt nach Schularten, entwickelt?
2. Wie hat sich nach vorläufigen Erkenntnissen der prozentuale und absolute Anstieg der Inklusionsschüler in diesem Schuljahr in den Eingangsklassen der Grundschulen und der weiterführenden Schulen, getrennt nach Schularten, entwickelt?
3. Wie hat sich parallel die Zahl der Förderlehrer und pädagogischen Fachkräfte in Vollzeitlehrereinheiten gegenüber dem vergangenen Schuljahr entwickelt?
4. Welche Förderschwerpunkte werden in diesem Schuljahr im Gymnasium unterrichtet?

10. Abgeordnete
Dr. Peter Enders und
Hedi Thelen (CDU)

Fehlende Landesmittel für Klinikinvestitionen

In einem Beitrag für die Rheinzeitung vom 26. September 2014 hat die Chefin der Techniker Krankenkasse in Rheinland-Pfalz der Landesregierung eine zu geringe Krankenhausinvestitionsförderung vorgehalten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die gegenwärtige Landesinvestitionsquote für die Krankenhäuser gegenüber den bereinigten Krankenhauskosten vor dem Hintergrund, dass der Sozialexperte Bert Rürup eine notwendige Investitionsquote von 8,6 % berechnet hat, während die Landesregierung nach aktueller Darstellung der Chefin der Techniker Krankenkasse Rheinland-Pfalz nur 3,5 % bereitstellt?
2. Entspricht es in Übereinstimmung mit der aktuellen Darstellung der TK-Landeschefin der Beobachtung der Landesregierung, dass viele Krankenhäuser auf den finanziellen Investitionsengpass reagieren, indem sie die Menge ihrer Leistungen ausweiten?
3. Wie steht die Landesregierung zu der von der TK-Landeschefin aktuell erhobenen Forderung einer Mindestinvestitionsquote, damit zukünftig eine Abwärtsspirale bei der Krankenhausförderung, wie sie gegenwärtig beobachtet wird, verhindert wird?
4. Welche Konsequenzen hat es nach Einschätzung der Landesregierung für die Patienten, wenn Krankenhäuser aufgrund unzureichender Investitionsförderung vermehrt gezwungen sind, Finanzmittel, die für die Versorgung der Patienten oder Vergütung der Pflegekräfte eingesetzt werden sollten, für Investitionen zu nutzen?

11. Abgeordnete
Jens Guth und
Marcel Hürter (SPD)

Rheinland-pfälzischer Außenhandel

Vom 5. bis 11. Oktober besuchte die stellvertretende Ministerpräsidentin Eveline Lemke mit einer 25-köpfigen Delegation Stationen in Mexiko-City sowie in Aguascalientes. Die Erschließung und Pflege von Exportmärkten ist ein wesentliches Element der Außenwirtschaftsförderung des Landes und trägt dazu bei, dass die rheinland-pfälzische Wirtschaft auf den internationalen Märkten stark vertreten und gut positioniert ist.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welches sind die wichtigsten Absatzmärkte für rheinland-pfälzische Unternehmen?
2. In welchen Absatzmärkten wird aus Sicht der Landesregierung das größte Wachstumspotenzial gesehen?
3. Wie unterstützt das Programm „Wir öffnen Märkte“ rheinland-pfälzische Unternehmen dabei, die Chancen des Außenhandelsgeschäfts zu nutzen?
4. Wie wirkt sich aus Sicht der Landesregierung die Krise in Osteuropa auf den rheinland-pfälzischen Außenhandel aus?

12. Abgeordnete

**Nils Wiechmann und
Katharina Raue**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Polizeieinsatz beim Südwest-Derby

Beim Südwest-Derby des 1. FC Kaiserslautern und des Karlsruher SC kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen und verletzten Personen, darunter Polizeibeamtinnen und -beamte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsdienstes und Fans. Als Konsequenz kündigte bereits der Kontrollausschuss des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) ein Ermittlungsverfahren gegen die beiden Zweitligisten an.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Polizeibeamtinnen und -beamte wurden bei dem Fußballspiel eingesetzt, wie viele davon aus Rheinland-Pfalz?
2. Wie viele verletzte Personen gab es bei Polizei, Ordnungsdienst und Fans?
3. Wie ist es aus der Sicht der Landesregierung zu den Ausschreitungen gekommen, erscheinen vor diesem Hintergrund die vom ausrichtenden Verein eingesetzten Ordnungskräfte ausreichend an Anzahl und Qualifikation?
4. Welche Überlegungen gibt es seitens der Landesregierung, die präventive Arbeit der Fußballvereine zu stärken und auf solche Ausschreitungen künftig zu reagieren?

13. Abgeordnete

**Simone Huth-Haage
und Ellen Demuth (CDU)**

Forderungen der Kindertagesstätten nach besseren Rahmenbedingungen

Zuletzt hat Verdi am 27. September 2014 Ministerin Alt eine Unterschriftenliste für bessere Rahmenbedingungen an Kindertagesstätten übergeben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Unterschriftenlisten und Petitionen für bessere Rahmenbedingungen in Kindertagesstätten wurden der Landesregierung in dieser Legislaturperiode bisher überreicht?
2. Wie viele Erzieherinnen und Kindertagesstättenleitungen haben sich bisher an diesen Petitionen und Unterschriftenlisten beteiligt?
3. Wie hat sich die Landesregierung zu diesen Petitionen und Unterschriftenlisten geäußert?
4. Stimmt die Landesregierung zu, dass nach § 26 Sozialgesetzbuch VIII das Land für den Umfang und die inhaltliche Konkretisierung der Rahmenbedingungen an Kindertagesstätten zuständig ist?

14. Abgeordnete

**Barbara Schleicher-
Rothmund und
Manfred Geis (SPD)**

Kultursommer 2014

Der 23. Kultursommer Rheinland-Pfalz zum Thema „Mit allen Sinnen“ ist am 3. Oktober offiziell zu Ende gegangen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Schwerpunktsetzung und die Umsetzung des Konzepts in diesem Jahr?
2. Sind durch die Veranstaltungen des Kultursommers, insbesondere durch die Festivals, positive Effekte für den Tourismus erkennbar?
3. Was hat sich strukturell in den letzten Jahren bei den Veranstaltern verändert?
4. Wie sehen die Planungen für den Kultursommer 2015 aus?

15. Abgeordnete

**Bettina Brück,
Kathrin Anklam-Trapp
und Dr. Tanja Machalet**
(SPD)

Situation der Beschäftigten bei Franklin Electric in Wittlich

Nach Medienberichten planen die Mitarbeiter der Firma Franklin Electric in Wittlich einen Warnstreik, da nach Gewerkschaftsinformationen die Verhandlungen über einen Sozialplan erneut gescheitert seien. Nach SWR-Informationen plant Franklin Electric, die Produktion von Motoren für Wasserpumpen in Wittlich zu schließen und nach Tschechien zu verlagern. Eine Standortgarantie für die restlichen 60 Arbeitsplätze, die Anerkennung der Tarifverträge und eine Transfergesellschaft für die rund 100 gekündigten Mitarbeiter sei seitens der Geschäftsführung laut Medienberichten abgelehnt worden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist die aktuelle Lage bei Franklin Electric GmbH in Wittlich aus Sicht der Landesregierung?
2. Welchen Inhalt hatten die vor dem Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht ausgetragenen Verfahren und wie sind diese ausgefallen?
3. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung unternommen, um die Beschäftigten zu unterstützen?

16. Abgeordnete
Christine Schneider
(CDU)

Zukunft des Geothermiekraftwerkes in Landau

Vor dem Hintergrund der kürzlich ausgelaufenen Förderung frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Gefährdungen, die durch den Betrieb des Geothermiekraftwerkes Landau für dessen Umgebung entstehen können oder schon entstanden sind?
2. Welche Voraussetzungen muss nach Auffassung der Landesregierung der Betreiber des Geothermiekraftwerkes zur Wiederaufnahme des Betriebes erfüllen?
3. In welchem Umfang können nach Kenntnis der Landesregierung bei einem Scheitern des Geothermiekraftwerkes finanzielle Förderungen oder Garantien des Landes verloren gehen oder fällig werden?
4. Aus welchen Gründen ist nach Ansicht der Landesregierung der dringende Wunsch der Spitze der Stadt Landau nach einem Gespräch mit der Wirtschaftsministerin des Landes über die Zukunft des Geothermiekraftwerkes bis heute nicht beantwortet worden?

17. Abgeordnete
Jutta Blatzheim-Roegler
und Dr. Dr. Rahim
Schmidt
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umzug der Fachabteilung für Psychiatrie und Psychotherapie vom Verbundkrankenhaus Wittlich an den Standort Bernkastel-Kues

Am 3. Oktober 2014 berichtete der Trierische Volksfreund über die seit 2008 bestehenden Pläne, die Fachabteilung für Psychiatrie und Psychotherapie des Verbundkrankenhausstandorts Wittlich nach Bernkastel-Kues zu verlegen. Als Standort dort ist das Gelände des ehemaligen Schwesternwohnheims vorgesehen. Das Schwesternwohnheim ist bereits im Januar 2013 abgerissen worden. Eine Förderung des Umbaus wurde 2011 seitens des Landes in Aussicht gestellt.

Hierzu fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Kenntnisse liegen der Landesregierung bezüglich der Pläne zum Umzug der Fachabteilung für Psychiatrie und Psychotherapie vom Verbundkrankenhaus Wittlich an den Standort Bernkastel-Kues vor?
2. Wurden bereits Antragsunterlagen zur Förderung des Neubaus der Fachabteilung für Psychiatrie und Psychotherapie beim zuständigen Ministerium eingereicht?
3. Wann ist mit einem Beginn der Neuerrichtung der Fachabteilung in Bernkastel-Kues zu rechnen?

18. Abgeordnete
Anke Beilstein und
Matthias Lammert (CDU)

Situation der Asylbewerber in Rheinland-Pfalz

Nach Angaben des Deutschen Städtetages haben in den ersten sieben Monaten des Jahres 2014 fast 100 000 Menschen in Deutschland Asyl beantragt. Das sind 60 % mehr als im Vorjahr.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Situation in Rheinland-Pfalz entwickelt?
2. Wie steht die Landesregierung zur Forderung des Städtetages nach einer Verkürzung der Asylverfahren?
3. Wie will die Landesregierung den Kommunen angesichts der zunehmenden Kosten auch finanziell helfen?
4. Wie steht die Landesregierung zu der Forderung, die Unterbringungskapazitäten in den zentralen Aufnahmeeinrichtungen deutlich zu erhöhen?

19. Abgeordneter**Guido Ernst und
Brigitte Hayn (CDU)****Kritik am Referendariat für Gymnasiallehrkräfte**

Der Philologenverband kritisiert mit seiner am 6. Oktober veröffentlichten Resolution das Referendariat für Gymnasiallehrkräfte.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Unterrichtsstunden sind zu Beginn der Schuljahre 2013/2014 sowie 2014/2015 dadurch ausgefallen, dass eigenverantwortlich unterrichtende Referendare während der Unterrichtszeit an Ausbildungsveranstaltungen teilnehmen mussten?
2. Wie begründet die Landesregierung die Abschaffung der Orientierungsphase ohne eigenverantwortlichen Unterricht, die einen systematischen und schrittweisen Einstieg in die Tätigkeit des Gymnasiallehrers ermöglicht hat?
3. Mit welcher Begründung hat die Landesregierung auf eine Benotung der Ausbildungsleistungen während des Referendariats verzichtet?
4. Inwieweit wird die Landesregierung die Kritik des Philologenverbandes bei der Novelle des Lehrerbildungsgesetzes berücksichtigen?

20. Abgeordnete**Gerd Schreiner,
Adolf Kessel und
Dorothea Schäfer (CDU)****Kritik des BdSt am Umbau der Landesunterkunft für Ausreisepflichtige**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Ausreisepflichtige aus welchen Bundesländern sind aktuell in Ingelheim untergebracht?
2. Wie hoch ist insgesamt die Zahl der Ausreisepflichtigen in Rheinland-Pfalz?
3. Wie teuer ist der Rückbau der Landesunterkunft für Ausreisepflichtige von 162 Plätze auf 40 Plätze?
4. Wie hoch wären für Rheinland-Pfalz die Einkünfte, wenn die rückgebauten 122 Plätze nach bisher üblichen Konditionen an andere Bundesländer vergeben würden?

